

Begründung

Zur Verordnung zur Änderung der Grenzen des Hafengebiets im Bereich Kleiner Grasbrook, Moldauhafenquartier

Der Stadtentwicklungsbereich Grasbrook mit den Quartieren Moldauhafen und Hafentor ist eines der wichtigsten Stadtentwicklungsprojekte Hamburgs der nächsten Jahrzehnte. Gegenüber der HafenCity sind hier an der Schnittstelle zum Hamburger Hafen zwei gemischt genutzte Quartiere mit insgesamt etwa 3.000 Wohnungen und 16.000 Arbeitsplätzen geplant. Im Moldauhafenquartier sollen neben Wohnungen, Büros, Einkaufsmöglichkeiten für den täglichen Bedarf, Gastronomie und einer Grundschule auch Kindertagesstätten sowie Sport- und Freizeitmöglichkeiten und kulturelle Angebote realisiert werden. Das Hafentorquartier hingegen wird einen gewerblichen Charakter erhalten und bietet Raum z.B. für Büros sowie Forschung und Entwicklung.

Während das Hafentorquartier weiterhin in Hafennutzung und im Geltungsbereich des Hafenentwicklungsgesetzes verbleibt, wird der Bereich des ehemaligen Überseezentrums durch einen verbindlichen Bebauungsplan nach Baugesetzbuch (BauGB) überplant. Der Geltungsbereich des Bebauungsplans Kleiner Grasbrook 2 umfasst das Moldauhafenquartier, das zwischen Norderelbe und Moldauhafen und der Straße Am Moldauhafen liegt, sowie die Wasserflächen des Moldauhafens und des südlich gelegenen Saalehafens.

Die Umwandlung von einem für Hafenzwecke bestimmten Areal zu einem urbanen und vielseitigen Siedlungsgebiet erfordert eine Anpassung des Planungsrechts und damit verbunden eine Hafengebietsentlassung. Deshalb hat die Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen darum gebeten, die Entlassung dieses etwa 48 ha großen Areals aus dem Hafengebiet vorzubereiten und den dafür erforderlichen Senatsbeschluss zu veranlassen.

Nach dem Hafenentwicklungsgesetz (HafenEG) ergeben sich die genauen Grenzen des Hafengebietes aus dem Hafengebietsplan (Anlage 1 zu § 2 Absatz 2 HafenEG) und der Grenzbeschreibung (Anlage 2 zu § 2 Absatz 2 HafenEG). Die Herausnahme einer Hafenfläche aus dem Hafengebiet und die Anpassung der Hafengebietsgrenze erfordern Änderungen des Hafengebietsplans und der Grenzbeschreibung, um den räumlichen Geltungsbereich des HafenEGs zweifelsfrei festzulegen.

§ 5 Absatz 2 Satz 1 HafenEG ermächtigt den Senat durch Rechtsverordnung, innerhalb der in Anlage 1 f zu § 2 Absatz 2 HafenEG kartographisch dargestellten Flächen und der in Nummer 1.4 der Anlage 2 zu § 2 Absatz 2 HafenEG verbindlich beschriebenen Grenzen dieser Flächen durch Rechtsverordnung die Grenzen des Hafengebiets zu ändern, wenn sowohl die Entwicklung der an die Innenstadt gebundenen Nutzungen als auch die Hafenentwicklung eine Umwandlung des innerstädtischen Hafenrandes erfordern und die dortigen hafenwirtschaftlichen Nutzungen erforderlichenfalls an andere Standorte im Hafengebiet verlagert werden können.

Die städtebauliche Entwicklung des Moldauhafenquartiers ist so weit fortgeschritten, dass die Flächen einer städtebaulichen Nutzung zugeführt werden können. Für die Schaffung von Planrecht nach dem Baugesetzbuch ist das Verfahren des Bebauungsplans Kleiner Grasbrook 2 ausreichend weit vorbereitet. Die Flächen sind gemäß Bü.-Drs. 21/18963 vom 12.11.2019 zur Etablierung des neuen Stadtteils Grasbrook vorgesehen und die vormals in dem Bereich ansässigen Hafenbetriebe sind inzwischen an andere Standorte verlagert worden.

Weiter ermächtigt § 5 Absatz 1 Nr. 3 HafenEG den Senat, durch Hafenplanungsverordnung die Grenzen des Hafennutzungsgebiets oder des Hafenerweiterungsgebiets unwesentlich zu ändern, wenn Rechte anderer dadurch nicht beeinträchtigt werden. Auf Basis dieser Verordnungsermächtigung werden zwei zusätzliche Flächenstreifen entlang der nördlichen Gewässerkante und im Osten entlang der Straße Am Moldauhafen aus dem Hafengebiet entlassen. Die Flächen werden ebenfalls durch das Plangebiet des Bebauungsplans Kleiner Grasbrook 2 erfasst und für die Sicherung der geplanten notwendigen Infrastruktur- und Erschließungsmaßnahmen – Neubau Holthusenkaai und Veddelhöft und Herstellung Stadtteileingang – benötigt. Bei der Entlassung dieser zusätzlichen Flächenstreifen handelt es sich um eine unwesentliche Änderung des Hafennutzungsgebiets außerhalb des Hafen-Kerngebietes, die keine Rechte Dritter beeinträchtigt.

Auf Basis der Verordnungsermächtigungen erfolgt die Änderung des Hafengebiets im einzigen Paragrafen kartographisch, indem die aus der Verordnung ersichtliche Anlage dem Hafengebietsplan nach § 2 Absatz 2 HafenEG als diesen ändernde neue Anlage 1.34 angefügt und durch die textliche Anpassung der Grenzbeschreibung in Anlage 2 zu § 2 Absatz 2 HafenEG ergänzt wird.